

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Clara Bünger, Doris Achelwilm, Anne-Mieke Bremer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke
– Drucksache 21/4242 –**

Asylverfahren und Abschiebungen beim Herkunftsland Guinea

Vorbemerkung der Fragesteller

Nach Angaben des Vereins Guinée-Solidaire-Organisation kommt seit Monaten wiederholt eine Delegation aus Guinea nach Deutschland, die den Auftrag hat, aus Guinea stammende Geduldete zu identifizieren und ihnen Passersatzpapiere auszustellen. So soll deren Abschiebung ermöglicht werden. Die Anhörungen finden demnach meist in der Zentralen Ausländerbehörde (ZAB) Essen statt. Der Verein kritisiert diese Anhörungen und die darauffolgenden Abschiebungen, weil Guinea kein sicheres Land sei. Seit dem Militärputsch im September 2021 seien schwerwiegende Eingriffe in politische und bürgerliche Freiheiten zu beobachten. Es komme ferner zu exzessiver Gewaltanwendung durch Sicherheitskräfte sowie Repression gegen Oppositionelle und Journalisten (vgl. Pressemitteilung von Guinée-Solidaire-Organisation e. V. vom 14. November 2025).

Vorbemerkung der Bundesregierung

Sofern eine Person in Deutschland Asyl oder internationalen Schutz beantragt, wird ihr individuelles Schutzbedürfnis durch das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) umfassend geprüft. Maßgeblich ist dabei allein, ob den konkreten Antragstellern in ihrem Herkunftsstaat Gefahren drohen, die einen Anspruch auf Asyl, Flüchtlingsschutz, subsidiären Schutz oder die Feststellung eines Abschiebungsverbots begründen. Demgegenüber begründet die allgemeine Situation in einem Herkunftsland für sich genommen noch keinen Anspruch auf Schutz.

Sofern Ausländer einen erforderlichen Aufenthaltstitel nicht besitzen, sind sie gesetzlich verpflichtet, die Bundesrepublik Deutschland zu verlassen (§ 50 Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (AufenthG)). Kommen sie dieser Rechtspflicht nicht nach, sind die Ausländerbehörden verpflichtet, diese Personen abzuschieben (§ 58 AufenthG). Zudem sind Ausländer auch gesetzlich verpflichtet, vor ermächtigten Bediensteten des Staates, dessen Staatsangehörigkeit sie vermutlich

besitzen, persönlich zu erscheinen und die zur Klärung der Identität erforderlichen Angaben zu machen (§ 82 Absatz 4 AufenthG).

Bereits völkergewohnheitsrechtlich ist jeder Staat verpflichtet, seine eigenen Staatsangehörigen, die im Gastland über kein Aufenthaltsrecht verfügen, formlos zurückzunehmen. Eine Konkretisierung findet sich in dem Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Guinea über die Zusammenarbeit im Bereich legaler und illegaler Migration vom 5. Januar 2018.

1. Wie viele Asylanträge von Geflüchteten aus Guinea wurden seit 2020 in Deutschland registriert (bitte nach Jahren, Geschlecht, Minder- bzw. Volljährigkeit aufschlüsseln und zwischen Erst- und Folgeanträgen differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

	Asylanträge Gesamt	Erstanträge	Folgeanträge
2020	1.511	1.268	243
darunter:			
männlich	1.021	805	216
weiblich	490	463	27
minderjährig	642	628	14
volljährig	869	640	229

	Asylanträge Gesamt	Erstanträge	Folgeanträge
2021	1.131	882	249
darunter:			
männlich	732	509	223
weiblich	399	373	26
minderjährig	504	490	14
volljährig	627	392	235

	Asylanträge Gesamt	Erstanträge	Folgeanträge
2022	1.513	1.319	194
darunter:			
männlich	898	738	160
weiblich	615	581	34
minderjährig	600	576	24
volljährig	913	743	170

	Asylanträge Gesamt	Erstanträge	Folgeanträge
2023	3.469	3.299	170
darunter:			
männlich	2.362	2.215	147
weiblich	1.107	1.084	23
minderjährig	956	944	12
volljährig	2.513	2.355	158

	Asylanträge Gesamt	Erstanträge	Folgeanträge
2024	3.246	3.052	194
darunter:			
männlich	2.320	2157	163
weiblich	926	895	31
minderjährig	1437	1423	14
volljährig	1809	1629	180

	Asylanträge Gesamt	Erstanträge	Folgeanträge
2025	2.238	1.994	244
darunter:			
männlich	1.418	1217	201
weiblich	820	777	43
minderjährig	1145	1118	27
volljährig	1093	876	217

	Asylanträge Gesamt	Erstanträge	Folgeanträge
Januar 2026	140	114	26
darunter:			
männlich	87	66	21
weiblich	53	48	5
minderjährig	70	67	3
volljährig	70	47	23

2. Wie hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) seit 2020 über die Asylanträge von Geflüchteten aus Guinea entschieden (bitte nach den einzelnen Status, den Formen der Ablehnung bzw. formellen Entscheidungen und nach Jahren aufschlüsseln)?
3. Wie hat sich die um formelle Entscheidungen bereinigte Schutzquote des BAMF bei Asylsuchenden aus Guinea seit 2020 entwickelt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Fragen 2 und 3 werden zusammen beantwortet. Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Entscheidungen über Asylanträge von Personen aus Guinea									
Zeitraum	Entscheidungen gesamt	Asylberechtigung Art 16a GG	Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Quote ohne Berücksichtigung formeller Entscheidungen	Ablehnungen (unbegr. abgel.)	Ablehnungen (offens. unbegr. abgel.)	sonstige Verfahrenserledigungen
2020	2.280	32	274	101	97	29,9 Prozent	992	190	594
2021	1.630	64	302	62	84	46,9 Prozent	476	103	539
2022	1.520	66	334	74	76	60,0 Prozent	308	59	603
2023	1.719	68	300	82	62	50,3 Prozent	400	106	701
2024	2.831	119	333	80	113	36,9 Prozent	845	259	1.082
2025	5.406	257	589	166	267	29,9 Prozent	2.364	636	1.127
Jan. 2026	288	18	36	7	8	33,0 Prozent	114	26	79

4. Wie viele Klagen von Asylsuchenden aus Guinea gegen BAMF-Bescheide gab es seit 2020, und wie haben die Gerichte darüber entschieden (bitte nach Jahren und den einzelnen Status, nach Ablehnung und formellen Erledigungen aufschlüsseln)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden, wobei Daten für 2026 noch nicht vorliegen:

Erst- und Folgeanträge								
Zeitraum	Erhobene Klagen	Gerichtsentscheidungen zu Klagen von Asylsuchenden aus Guinea						
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.-Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	Ablehnungen	sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)
2020	1.499	2.252	3	24	12	66	1.040	1.107
2021	883	2.092	3	40	8	89	984	968
2022	680	1.499	1	48	6	131	629	684
2023	867	1.219	—	32	4	89	373	721
2024	1.527	1.016	—	28	2	42	294	650
2025	3.194	1.561	—	26	4	27	603	901

5. Wurden die internen Leitlinien des BAMF zum Herkunftsland Guinea seit 2020 überarbeitet, und wenn ja, inwiefern (bitte möglichst genau mit Datum darstellen)?

Eine Überarbeitung des Leitsatzes des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erfolgte regelmäßig und ggf. anlassbezogen in den zurückliegenden Jahren. Der Leitsatz wird derzeit grundlegend überarbeitet. Die Überarbeitung berücksichtigt die Entwicklung der allgemeinen politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse, die rechtliche Lage im Bereich der Rechtsetzung, Rechtsanwendung und Strafzumessung sowie die allgemeinen humanitären Bedingungen (inklusive der medizinischen und allgemeinen Versorgung) in Guinea.

Die Lage in Guinea wird durch kontinuierliche Auswertung nationaler und internationaler Quellen sowie unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung analysiert. Zu den verwendeten Quellen gehört dabei unter anderem der Bericht des Auswärtigen Amtes über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage in Guinea.

6. Wann wurde der Lagebericht des Auswärtigen Amtes für das Herkunftsland Guinea zuletzt aktualisiert, welche Änderungen in der Bewertung wurden dabei gegebenenfalls vorgenommen, und wie ist die aktuelle asylrelevante Bewertung der Lage in Guinea durch das Auswärtige Amt im Kern (bitte ausführen)?

Der letzte Bericht des Auswärtigen Amtes über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage in der Republik Guinea gibt den Stand vom 30. Juni 2025 wieder. Er ist als „Verschlussache – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft und liegt dem Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe des Bundestages vor. Für Mitglieder des Bundestages besteht die Möglichkeit der Einsichtnahme.

7. Wie viele Menschen mit guineischer Staatsbürgerschaft leben in Deutschland, wie viele haben einen Schutzstatus (welchen?), und welche Aufenthaltstitel haben sie?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Insgesamt aufhältig	27.016
darunter mit im AZR erfasstem Asylstatus	21.430
davon:	
als Asylberechtigter anerkannt	606
Flüchtlingseigenschaft nach § 3 Absatz 4 AsylG	3.716
subsidiärer Schutz nach § 4 Absatz 1 AsylG gewährt	824
Asylantrag abgelehnt	12.378
Im Asylverfahren/Asylantrag gestellt	2.483
Sonstiges (z. B. Asylverfahren eingestellt/widerrufen)	1.423

insgesamt aufhältig	27.016
darunter mit Aufenthaltstitel	13.518
davon	
Niederlassungserlaubnis	1.621
Aufenthaltserlaubnis	11.747
EU-Aufenthaltsrechte	150

- a) Wie viele sind ausreisepflichtig mit bzw. ohne Duldung (bitte auch nach Duldungsgründen aufschlüsseln)?

Zum Stichtag 31. Januar 2026 waren ausweislich des Ausländerzentralregister (AZR) insgesamt 5.042 Personen mit guineischer Staatsangehörigkeit ausreisepflichtig, davon 4.741 Personen mit einer Duldung und 301 Personen ohne Duldung. Die Duldungsgründe können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Geduldete insgesamt	4.741
Duldung nach § 60a Absatz 1 AufenthG	55
Duldung nach § 60a Absatz 2 S. 1 AufenthG Abschiebungshindernisse n. § 60 Absatz 1-5,7 AufenthG	56
Duldung nach § 60a Absatz 2 S. 1 AufenthG als unbegleiteter Minderjähriger gemäß § 58 Absatz 1a AufenthG	351
Duldung nach § 60a Absatz 2 S. 1 AufenthG aufgrund fam. Bindungen	431
Duldung nach § 60a Absatz 2 S. 1 AufenthG aus medizinischen Gründen	37
Duldung nach § 60a Absatz 2 S. 1 AufenthG aus sonstigen Gründen	855
Duldung nach § 60a Absatz 2 S. 1 AufenthG bei Anordnung der aufschiebenden Wirkung nach § 80 Absatz 5 VwGO	2
Duldung nach § 60a Absatz 2 S. 1 AufenthG bei fehlendem Absehen von einer Vollstreckung nach § 456a StPO	3
Duldung nach § 60a Absatz 2 S. 1 AufenthG bei stattgegebenem Eilantrag gemäß § 123 VwGO	1
Duldung nach § 60a Absatz 2 S. 1 AufenthG wegen eines Asylfolgeantrags	58
Duldung nach § 60a Absatz 2 S. 1 AufenthG, weil konkrete Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung bevorstehen	43
Duldung nach § 60a Absatz 2 S. 3 AufenthG i. V. m. § 60c Absatz 1 AufenthG (Ausbildungsduldung, Anspruch)	106

Duldung nach § 60a Absatz 2 S. 3 AufenthG i. V. m. § 60c Absatz 7 AufenthG (Ausbildungsduldung, Ermessen)	30
Duldung nach § 60a Absatz 2 S. 3 AufenthG i. V. m. § 60d Absatz 1 AufenthG (Beschäftigungsduldung, Regelanspruch, Beschäftigter)	29
Duldung nach § 60a Absatz 2 S. 3 AufenthG i. V. m. § 60c Absatz 6 S. 2 AufenthG (Arbeitsplatzsuche nach Ausbildungsabschluss)	1
Duldung nach § 60a Absatz 2 S. 3 AufenthG i. V. m. § 60d Absatz 1 AufenthG (Beschäftigungsduldung, Regelanspruch, Ehegatte/Lebenspartner)	9
Duldung nach § 60a Absatz 2 S. 3 AufenthG i. V. m. § 60d Absatz 4 i. V. m. Absatz 1 AufenthG (Beschäftigungsduldung, Ermessen, Ehegatte/Lebenspartner)	2
Duldung nach § 60a Absatz 2 S. 4 AufenthG erteilt (Altfall)	1
Duldung nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG wegen fehlender Reisedokumente	1.838
Duldung nach § 60a Absatz 2 Satz 2 AufenthG	3
Duldung nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG	135
Duldung nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG in Verbindung mit § 60c Absatz 6 Satz 1 AufenthG (Suche nach weiterem Ausbildungsplatz)	2
Duldung nach § 60b Absatz 1 AufenthG (Duldung für Personen mit ungeklärter Identität)	693

- b) Welche Angaben kann die Bundesregierung dazu machen, wie viele der zum 31. Dezember 2025 in Deutschland lebenden Asylsuchenden und Geduldeten aus Guinea berechtigt bzw. nicht berechtigt waren, eine Erwerbstätigkeit auszuüben, und wie vielen von ihnen wurde dies in den Jahren 2023, 2024 und 2025 versagt (bitte nach Jahren und nach Bundesländern auflisten)?

Das AZR erfasst lediglich, in welchen Fällen Geduldeten bzw. Gestatteten eine Erwerbstätigkeit erlaubt bzw. versagt worden ist. Allerdings lassen diese Daten keine Aussage darüber zu, ob die Erwerbstätigkeit, zu der die Erlaubnis erteilt wurde, auch tatsächlich aufgenommen wurde bzw. zum Stichtag noch bestand. Angaben zur Beschäftigung sind nur zum aktuellen Stichtag möglich, weswegen der 31. Januar 2026 als Stichtag für die folgenden Angaben herangezogen wurde.

Zum Stichtag 31. Januar 2026 lag bei 924 geduldeten Personen aus Guinea eine von der Ausländerbehörde erteilte Beschäftigungserlaubnis vor, zu der die Bundesagentur für Arbeit ihre Zustimmung gegeben hat. 164 Personen haben die Erlaubnis zu einer zustimmungsfreien Beschäftigung erhalten, bei der die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit nicht erforderlich ist. In 62 Fällen wurde eine Beschäftigungserlaubnis abgelehnt.

Bei 544 Personen mit einer Aufenthaltsgestattung lag eine von der Ausländerbehörde erteilte Beschäftigungserlaubnis vor, zu der die Bundesagentur für Arbeit ihre Zustimmung gegeben hat. 47 Personen haben die Erlaubnis zu einer zustimmungsfreien Beschäftigung erhalten, bei der die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit nicht erforderlich ist. Bei 19 Personen wurde eine Beschäftigungserlaubnis abgelehnt. Weitere Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Aufhältige Personen mit Duldung und Versagung zur Beschäftigung	Beschäftigungserlaubnis 2023 abgelehnt	Beschäftigungserlaubnis 2024 abgelehnt	Beschäftigungserlaubnis 2025 abgelehnt
Gesamt	1	8	12

Aufhältige Personen mit Duldung und Versagung zur Beschäftigung	Beschäftigungserlaubnis 2023 abgelehnt	Beschäftigungserlaubnis 2024 abgelehnt	Beschäftigungserlaubnis 2025 abgelehnt
Baden-Württemberg	0	0	1
Bayern	0	0	1
Berlin	0	1	2
Brandenburg	0	0	0
Bremen	0	0	0
Hamburg	0	1	1
Hessen	0	0	0
Mecklenburg-Vorpommern	0	0	0
Niedersachsen	0	3	4
Nordrhein-Westfalen	1	3	3
Rheinland-Pfalz	0	0	0
Saarland	0	0	0
Sachsen	0	0	0
Sachsen-Anhalt	0	0	0
Schleswig-Holstein	0	0	0
Thüringen	0	0	0

Aufhältige Personen mit Gestattung und Versagung zur Beschäftigung	Beschäftigungserlaubnis 2023 abgelehnt	Beschäftigungserlaubnis 2024 abgelehnt	Beschäftigungserlaubnis 2025 abgelehnt
Gesamt	0	3	13
Baden-Württemberg	0	1	3
Bayern	0	0	1
Berlin	0	1	1
Brandenburg	0	0	0
Bremen	0	0	0
Hamburg	0	0	0
Hessen	0	0	1
Mecklenburg-Vorpommern	0	0	0
Niedersachsen	0	0	2
Nordrhein-Westfalen	0	1	4
Rheinland-Pfalz	0	0	0
Saarland	0	0	0
Sachsen	0	0	0
Sachsen-Anhalt	0	0	0
Schleswig-Holstein	0	0	0
Thüringen	0	0	1

8. Wie viele Abschiebungen aus Deutschland nach Guinea gab es seit 2020 (bitte nach Jahren aufschlüsseln und zwischen Linien- und Charterflügen differenzieren), welche Bundesländer waren an den Abschiebungen in welchem Umfang beteiligt, und wer war für die Charterflüge jeweils federführend verantwortlich (diese bitte mit Datum auflisten und die jeweilige Zahl der betroffenen Personen, des Begleitpersonals und die Gesamtkosten nennen)?

Die Bundesregierung erfasst die Kosten für begleitete Rückführungen mit Linienflügen nicht. Daher sind nur die Kosten in der Übersicht enthalten, die im Rahmen der durchgeführten Sammelchartermaßnahmen angefallen sind. Die weiteren Angaben können ausweislich der Polizeilichen Eingangsstatistik der Bundespolizei den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

2020	Kosten	Veranlasser	Anzahl abgeschobener Personen	Anzahl Begleiter	Linie/Charter
8. Jan		Niedersachsen	1	0	Linie
21. Jan	134.050 Euro	Nordrhein-Westfalen	8	40	Charter
		Thüringen	1	5	Charter
24. Jan		Saarland	1	3	Linie
5. Feb		Nordrhein-Westfalen	1	0	Linie
20. Feb		Hamburg	1	0	Linie
14. Sep		Nordrhein-Westfalen	1	0	Linie
20. Okt		Nordrhein-Westfalen	4	12	Linie
22. Okt		Nordrhein-Westfalen	1	0	Linie
17. Nov	125.050 Euro	Baden-Württemberg	1	5	Charter
		Nordrhein-Westfalen	4	21	Charter
		Rheinland-Pfalz	1	6	Charter
16. Dez	124.050 Euro	Nordrhein-Westfalen	13	55	Charter
Gesamt			38	147	

2021	Kosten	Veranlasser	Anzahl abgeschobener Personen	Anzahl Begleiter	Linie/Charter
19. Jan	130.050 Euro	Baden-Württemberg	1	4	Charter
		Berlin	1	3	Charter
		Nordrhein-Westfalen	23	85	Charter
9. Feb	130.050 Euro	Baden-Württemberg	1	5	Charter
		Nordrhein-Westfalen	13	72	Charter
16. Mrz	130.050 Euro	Berlin	1	3	Charter
		Nordrhein-Westfalen	21	71	Charter
2. Jun		Bayern	1	0	Linie
28. Jun	212.185 Euro	Nordrhein-Westfalen	16	56	Charter
		Sachsen-Anhalt	1	3	Charter
Gesamt			79	302	

2022	Kosten	Veranlasser	Anzahl abgeschobener Personen	Anzahl Begleiter	Linie/Charter
29. Jun		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
18. Jul		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
1. Aug		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
31. Aug		Nordrhein-Westfalen	1	0	Linie
7. Sep		Nordrhein-Westfalen	1	0	Linie
14. Sep		Niedersachsen	1	0	Linie
20. Sep		Nordrhein-Westfalen	1	0	Linie
22. Sep		Nordrhein-Westfalen	1	0	Linie
13. Okt		Nordrhein-Westfalen	1	0	Linie
26. Okt		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
2. Nov		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
9. Nov		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
29. Nov		Sachsen-Anhalt	1	3	Linie
30. Nov		Niedersachsen	1	3	Linie
Gesamt			14	24	

2023	Kosten	Veranlasser	Anzahl abgeschobener Personen	Anzahl Begleiter	Linie/Charter
18. Jan		Sachsen-Anhalt	1	4	Linie
25. Jan		Nordrhein-Westfalen	1	4	Linie
13. Feb		Niedersachsen	1	3	Linie
21. Mrz		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
21. Mrz		Nordrhein-Westfalen	2	3	Linie
4. Apr		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
12. Apr		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
13. Apr		Hamburg	1	0	Linie
13. Apr		Hessen	1	3	Linie
17. Apr		Rheinland-Pfalz	1	3	Linie
20. Apr		Baden-Württemberg	1	0	Linie
20. Apr		Hessen	1	4	Linie
24. Apr		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
3. Mai		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
8. Mai		Baden-Württemberg	1	4	Linie
22. Mai		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
25. Mai		Bremen	1	3	Linie
1. Jun		Niedersachsen	1	0	Linie
13. Jun		Bayern	1	3	Linie
26. Jun		Hessen	1	3	Linie
30. Jun		Schleswig-Holstein	1	0	Linie
6. Jul		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
12. Jul		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
24. Jul		Brandenburg	1	3	Linie

2023	Kosten	Veranlasser	Anzahl abgeschobener Personen	Anzahl Begleiter	Linie/Charter
8. Aug		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
14. Aug		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
21. Aug		Baden-Württemberg	1	0	Linie
23. Aug		Bremen	1	3	Linie
18. Sep		Baden-Württemberg	1	0	Linie
25. Sep		Baden-Württemberg	1	4	Linie
6. Okt		Sachsen-Anhalt	1	3	Linie
19. Okt		BPOL	1	0	Linie
30. Okt		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
16. Nov		Hamburg	1	3	Linie
20. Nov		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
14. Dez		Berlin	1	4	Linie
Gesamt			37	93	

2024	Kosten	Veranlasser	Anzahl abgeschobener Personen	Anzahl Begleiter	Linie/Charter
3. Jan		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
19. Jan		Niedersachsen	1	0	Linie
6. Feb		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
4. Apr		Nordrhein-Westfalen	1	0	Linie
12. Apr		Niedersachsen	1	0	Linie
25. Apr		Baden-Württemberg	1	0	Linie
26. Apr		Baden-Württemberg	1	3	Linie
29. Apr		Niedersachsen	1	3	Linie
16. Mai		Niedersachsen	1	0	Linie
22. Mai		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
7. Jun		Baden-Württemberg	1	3	Linie
24. Jun		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
9. Aug		Niedersachsen	1	0	Linie
13. Aug		Bremen	1	0	Linie
19. Aug		Nordrhein-Westfalen	1	0	Linie
5. Nov		Niedersachsen	1	0	Linie
Gesamt			16	21	

2025	Kosten	Veranlasser	Anzahl abgeschobener Personen	Anzahl Begleiter	Linie/Charter
3. Jan		Nordrhein-Westfalen	1	0	Linie
7. Jan		Sachsen-Anhalt	1	3	Linie
14. Jan		Bayern	1	3	Linie
16. Jan		Bremen	1	3	Linie
20. Jan		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie

2025	Kosten	Veranlasser	Anzahl abgeschobener Personen	Anzahl Begleiter	Linie/Charter
29. Jan	185.510 Euro	Nordrhein-Westfalen	15	53	Charter
7. Feb		Nordrhein-Westfalen	2	0	Linie
25. Feb		Baden-Württemberg	1	0	Linie
19. Mrz		Bayern	1	0	Linie
19. Mrz		Nordrhein-Westfalen	2	4	Linie
21. Mrz		Baden-Württemberg	1	4	Linie
24. Mrz		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
25. Mrz		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
25. Mrz		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
1. Apr		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
2. Apr		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
7. Apr		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
9. Apr		Bayern	1	0	Linie
5. Mai		Niedersachsen	1	3	Linie
6. Mai		Bayern	1	3	Linie
7. Mai		Rheinland-Pfalz	1	3	Linie
9. Mai		Nordrhein-Westfalen	1	0	Linie
19. Mai		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
21. Mai		Nordrhein-Westfalen	1	0	Linie
22. Mai		Bremen	1	3	Linie
26. Mai		Nordrhein-Westfalen	1	6	Linie
2. Jun		Brandenburg	1	3	Linie
2. Jun		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
11. Jun		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
16. Jun		Nordrhein-Westfalen	1	0	Linie
17. Jun		Berlin	1	3	Linie
18. Jun	317.857 Euro	Nordrhein-Westfalen	14	61	Charter
25. Jun		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
9. Jul		Baden-Württemberg	1	0	Linie
9. Jul		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
17. Jul		Nordrhein-Westfalen	1	0	Linie
21. Jul		Nordrhein-Westfalen	1	0	Linie
22. Jul		Nordrhein-Westfalen	1	0	Linie
29. Jul		Nordrhein-Westfalen	1	0	Linie
29. Jul		Nordrhein-Westfalen	1	0	Linie
30. Jul		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
8. Aug		Hessen	1	3	Linie
14. Aug		Hamburg	1	3	Linie
18. Aug		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
19. Aug		Sachsen-Anhalt	1	0	Linie
21. Aug		Hamburg	1	0	Linie

2025	Kosten	Veranlasser	Anzahl abgeschobener Personen	Anzahl Begleiter	Linie/Charter
1. Sep		Mecklenburg-Vorpommern	1	4	Linie
1. Sep		Hamburg	1	0	Linie
3. Sep		Bayern	1	0	Linie
4. Sep	298.080 Euro	Baden-Württemberg	1	4	Charter
		Bayern	1	4	Charter
		Nordrhein-Westfalen	12	47	Charter
16. Sep		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
16. Sep		Nordrhein-Westfalen	1	0	Linie
24. Sep		Baden-Württemberg	1	3	Linie
1. Okt		Baden-Württemberg	1	3	Linie
7. Okt	202.080 Euro	Nordrhein-Westfalen	12	44	Charter
13. Okt		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
14. Okt		Nordrhein-Westfalen	1	0	Linie
20. Okt		Nordrhein-Westfalen	1	0	Linie
21. Okt		Nordrhein-Westfalen	1	0	Linie
29. Okt		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
7. Nov		Nordrhein-Westfalen	1	0	Linie
10. Nov		Hessen	1	0	Linie
17. Nov		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
27. Nov	196.810 Euro	Bayern	2	7	Charter
		Hessen	1	4	Charter
		Niedersachsen	2	7	Charter
		Nordrhein-Westfalen	20	67	Charter
1. Dez		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
9. Dez		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
9. Dez		Nordrhein-Westfalen	1	0	Linie
12. Dez		Thüringen	1	0	Linie
16. Dez	214.610 Euro	Bayern	3	11	Charter
		Niedersachsen	2	8	Charter
		Nordrhein-Westfalen	18	61	Charter
29. Dez		Sachsen-Anhalt	1	3	Linie
Gesamt			169	498	

Januar 2026	Kosten	Veranlasser	Anzahl abgeschobener Personen	Anzahl Begleiter	Linie/Charter
6. Jan		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
8. Jan		Nordrhein-Westfalen	1	0	Linie
13. Jan		Hamburg	1	0	Linie
14. Jan		Nordrhein-Westfalen	1	3	Linie
21. Jan		Niedersachsen	1	0	Linie

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Januar 2026	Kosten	Veranlasser	Anzahl abgeschobener Personen	Anzahl Begleiter	Linie/Charter
29. Jan	192.929 Euro	Baden-Württemberg	13	64	Charter
		Bayern	1	0	Charter
		Nordrhein-Westfalen	10	0	Charter
		Rheinland-Pfalz	1	0	Charter
Gesamt			30	70	

9. Hat die gemeinsame Koordinierungsstelle Passersatzbeschaffung (PEB Bund) seit 2023 Sammelanhörungen mit guineischen Vertreterinnen und Vertretern durchgeführt, und wenn ja, welche (bitte mit Ort, Datum und weiteren beteiligten deutschen Behörden auflisten, zudem die Zahl und die Funktion bzw. Legitimität der Vertretungspersonen aus Guinea nennen)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Ort	Datum	Beteiligte deutsche Behörden	Beteiligte guineische Behörden
Essen, (am 9. September 2024 in Bremen)	3. – 12. September 2024	- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge - Bundespolizei - Zentrale Ausländerbehörde Essen - Landespolizei Nordrhein-Westfalen - Senator für Inneres – Bremen - Landespolizei Bremen	- Direction Technique Accueil, Orientation et Suivi - Direction Générale des Affaires Juridiques et Consulaires - Direction Technique Migration Réinsertion et Action Culturelle - Botschaft der Republik Guinea Insgesamt: 5 Teilnehmer
Essen	2. – 13. Dezember 2024	- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge - Bundespolizei - Zentrale Ausländerbehörde Essen - Landespolizei Nordrhein-Westfalen	- Fonds d'Assistance des Guinéens Rapatriés - Direction Centrale de la Police aux Frontières - Direction Générale des Guinéens établis à l'Étranger - Direction Générale des Affaires Juridiques et Consulaires - Botschaft der Republik Guinea Insgesamt: 6 Teilnehmer
Essen	3. – 11. April 2025	- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge - Bundespolizei - Zentrale Ausländerbehörde Essen - Landespolizei Nordrhein-Westfalen	- Service a.i. Associations et Groupements - Service a.i. Statistiques Migratoires - Direction Générale des Affaires Juridiques et Consulaires - Police, Section Fraude Documentaire - Botschaft der Republik Guinea Insgesamt: 5 Teilnehmer

Ort	Datum	Beteiligte deutsche Behörden	Beteiligte guineische Behörden
Lüneburg (10. – 12. Juli 25), Karlsruhe (13. -18. Juli 2025)	10. – 18. Juli 2025	<ul style="list-style-type: none"> - Bundesamt für Migration und Flüchtlinge - Bundespolizei - Regierungspräsidium Karlsruhe - Landespolizei Baden-Württemberg - Landesaufnahmebehörde Niedersachsen - Landespolizei Niedersachsen 	<ul style="list-style-type: none"> - Direction Générale des Guinéens établis à l’Etranger - Direction Générale du Fonds d’Assistance aux Guinéens Rapatriés - Direction Générale des Affaires Juridiques et Consulaires - Police - Botschaft der Republik Guinea <p>Insgesamt: 5 Teilnehmer</p>
Essen	2. – 11. September 2026	<ul style="list-style-type: none"> - Bundesamt für Migration und Flüchtlinge - Bundespolizei - Zentrale Ausländerbehörde Essen - Landespolizei Nordrhein-Westfalen 	<ul style="list-style-type: none"> - Direction Générale des Guinéens établis à l’Etranger - Direction Générale des Affaires Juridiques et Consulaires - Direction Générale de l’Observatoire Guinéen des Migrations - Direction Centrale de la Police aux Frontières - Botschaft der Republik Guinea <p>Insgesamt: 5 Teilnehmer</p>
Essen	25. November – 4. Dezember 2025	<ul style="list-style-type: none"> - Bundesamt für Migration und Flüchtlinge - Bundespolizei - Zentrale Ausländerbehörde Essen - Landespolizei Nordrhein-Westfalen 	<ul style="list-style-type: none"> - Direction Générale des Guinéens établis à l’Etranger - Direction Générale des Guinéens établis à l’Etranger - Direction Générale des Affaires Juridiques et Consulaires - Direction Centrale de la Police aux Frontières - Botschaft der Republik Guinea <p>Insgesamt: 5 Teilnehmer</p>
Berlin	3. – 11. Februar 2026	<ul style="list-style-type: none"> - Bundesamt für Migration und Flüchtlinge - Bundespolizei - Landesamt für Einwanderung Berlin - Landespolizei Berlin 	<ul style="list-style-type: none"> - Direction Générale Guinéens établis à l’Etranger - Direction Générale des Guinéens établis à l’Etranger - Direction Générale des Affaires Juridiques et Consulaires - Direction Centrale de la Police aux Frontières - Botschaft der Republik Guinea <p>Insgesamt: 5 Teilnehmer</p>

10. Wie viele mutmaßliche guineische Staatsangehörige wurden nach Kenntnis der Bundesregierung seit 2023 bei solchen Sammelanhörungen angehört, bei wie vielen von ihnen wurde die guineische Staatsbürgerschaft durch guineische Vertreterinnen und Vertreter bestätigt, und wie vielen von ihnen wurden Reisepapiere ausgestellt, die eine Abschiebung ermöglichen (bitte jeweils den Angaben der Antwort zu Frage 9 zuordnen)?

Im erfragten Zeitraum wurden insgesamt 775 Personen angehört, davon 442 Personen mit positivem Ergebnis. Von diesen 442 positiv angehörten Personen wurde für 135 Personen durch die jeweiligen Länder ein Passersatzpapier von der Passersatzbeschaffung (PEB) Bund angefordert und durch die Botschaft in Berlin ausgestellt. Die weiteren Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden (Stand: 25. Februar 2026):

Zeitraum	Summe Anhörungen		
		davon: Identität bestätigt	davon PEP erhalten
Sep 2024	134	69	34
Dez 2024	165	104	28
Apr 2025	106	57	12
Jul 2025	111	60	21
Sep 2025	79	54	30
Nov-Dez 2025	108	58	10
Feb 2026	72	40	0
Anhörungen insgesamt	775	442	135

11. Kann die Bundesregierung Angaben dazu machen, wie viele derer, die in den vergangenen Jahren bei solchen Anhörungen vorgeführt und als guineische Staatsbürger identifiziert wurden, tatsächlich abgeschoben wurden, und wenn ja, welche?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine belastbaren Zahlen vor.

12. Wie schätzt die Bundesregierung die politische und menschenrechtliche Situation in Guinea ein, und was ist ihr insbesondere über willkürliche Verhaftungen, Verschwindenlassen von Oppositionellen und Journalisten, Folter und unfaire Gerichtsverfahren bekannt?

Seit dem Militärputsch am 5. September 2021 befand sich Guinea in einer politischen Übergangsphase (Transition). Mit der Annahme einer neuen Verfassung per Referendum am 21. September 2025 und den Präsidentschaftswahlen am 28. Dezember 2025 wurden zwei wichtige Voraussetzungen für die Wiederherstellung einer verfassungsmäßigen Ordnung erfüllt. Parlaments- und Kommunalwahlen wurden für den 24. Mai 2026 angekündigt.

Die Bundesregierung beobachtet die Menschenrechtssituation in Guinea fortlaufend. Diese ist nach wie vor nicht zufriedenstellend. So bestehen Einschränkungen der Meinungs-, Presse- und der Versammlungsfreiheit. Berichte über Fälle von Verschwindenlassen von Personen sind der Bundesregierung bekannt. Sie spricht die Menschenrechtssituation in ihren Kontakten mit der guineischen Regierung regelmäßig an.

13. Kommt es nach Kenntnis der Bundesregierung zu Bedrohungen und Einschüchterungen von politischen Gegnern des Regimes auch im Ausland, zum Beispiel in Deutschland, wenn ja, was ist der Bundesregierung darüber bekannt, und welche Gegenmaßnahmen ergreift sie gegebenenfalls?

Der Bundesregierung liegen über die öffentlich zugängliche Berichterstattung hinaus keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor. Die Bundesregierung nimmt transnationale Repression durch ausländische staatliche Stellen oder ihre Zuträger in Deutschland grundsätzlich sehr ernst und duldet diese nicht. Das Bundesministerium des Innern setzt sich zusammen mit den Bundessicherheitsbehörden für eine effektive Eindämmung entsprechender Aktivitäten in Deutschland ein und arbeitet dazu u. a. auch eng mit dem Auswärtigen Amt zusammen. Für individuelle Gefährdungsbewertungen und ggf. die Ergreifung von erforderlichen (Schutz-)Maßnahmen sind die Landespolizeibehörden zuständig. In konkreten Gefährdungsfällen können und sollen sich Betroffene an die Notfalloffizialnummer der Polizei wenden.

14. Ist der Bundesregierung bekannt, ob es in der guineischen Botschaft zu Korruption kommt, sodass etwa beantragte und bezahlte Pässe nur gegen die Zahlung von Bestechungsgeldern ausgehändigt werden, was den Fragestellenden von Betroffenen berichtet wurde, und wenn ja, was genau ist der Bundesregierung darüber bekannt?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.